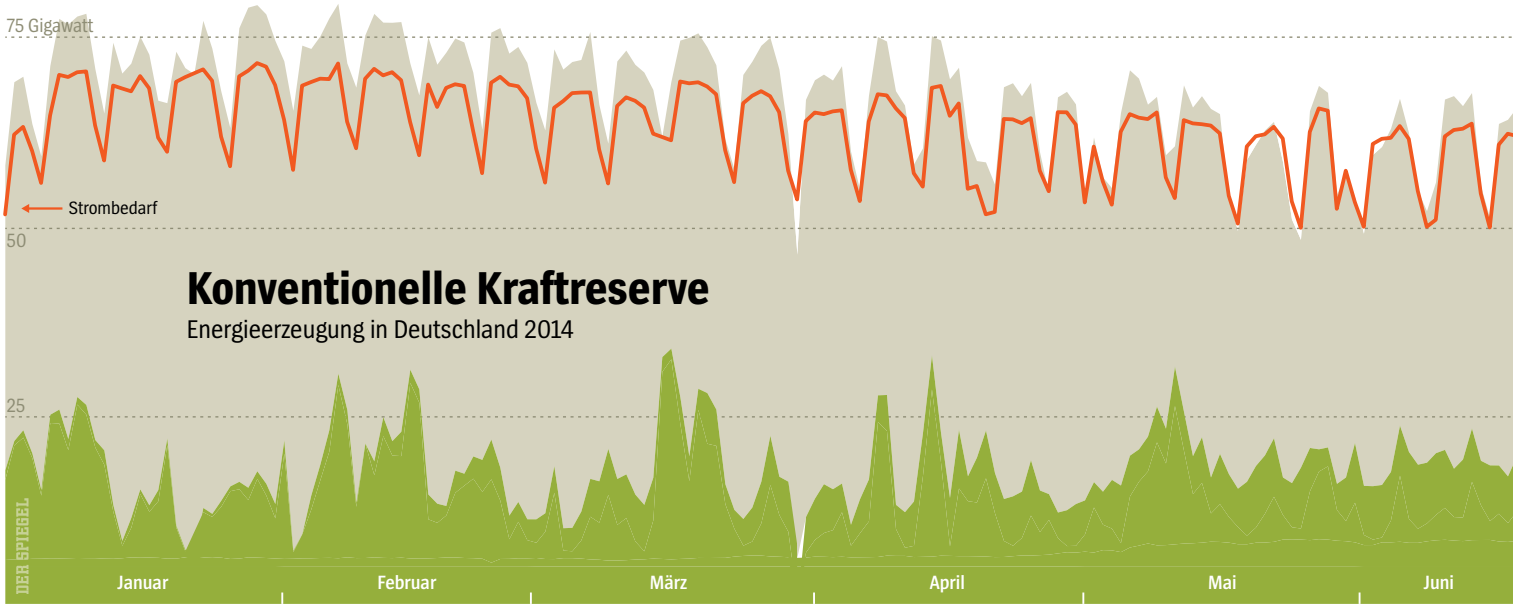


Strommonster frisst Kanzlerin

Regierung Die Spaltung des E.on-Konzerns löst eine Kettenreaktion aus, die Energiewende ist außer Kontrolle. Am Ende könnten die Stromkunden dreimal mit Milliarden Euro zur Kasse gebeten werden. Die Koalition ist alarmiert. Und ratlos.

Wenn sich ein Industriemanager traut, die Kanzlerin am Wochenende zu stören, womöglich sogar auf ihrer Datsche in der Uckermark, dann muss er etwas Wichtiges mitzuteilen haben. Das gilt auch für einen Vorstandschef des größten deutschen Energiekonzerns.

Aber Johannes Teyssen von E.on hatte einen guten Grund, als er sich am vorvergangenen Samstag mit Angela Merkel verbinden ließ: In gut 48 Stunden werde er eine mittlere Revolution in der deutschen Energiebranche verkünden, erklärte er der Kanzlerin. Er wolle seinen Konzern, Jahresumsatz 122 Milliarden Euro, in zwei Gesellschaften aufspalten. In der einen sollten die Atom,- Kohle- und Gaskraftwerke untergebracht werden, in der zweiten alles das, was Zukunft habe: Windparks, Solaranlagen, Stromnetze.

Für Teyssen und seinen hochverschuldeten Konzern ist es eine Art Befreiungsschlag, also eine gute Nachricht. Zugleich ist es das Eingeständnis, dass die Energiewende hin zu umweltfreundlichem Strom aus Sonne, Wind und Wasser als unumkehrbar akzeptiert wird. Aus Sicht der Bundesregierung ist das auch eine gute Nachricht.

Aber leider die einzige.

Der radikale Schnitt bei E.on hat die Regierung überrascht. Er legt nicht nur die bizarren Widersprüchlichkeiten der Energiewende frei, er zwingt die Regierung jetzt zu einem viel höheren Reformtempo. Dabei sind alle Versuche, die Probleme zu heilen, „Operationen am offenen Herzen“, wie Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in emotionaleren Momenten eingesteht. „Dass der Patient noch am Leben ist, verdanken wir nicht den Ärzten, sondern der guten Verfassung des Patienten.“

„Ich habe das Gefühl, dass viele gerade nicht wissen, wohin es mit der Energiewende geht“, so lautet das Urteil von CDU-Fraktionsvize Michael Fuchs. Einiges passe nicht zusammen: Die Milliardensubventionen für Strom aus Wind und Sonne haben zu einem Überangebot geführt. Weil die vorrangig zum Zug kämen, stehen die mit Kohle oder Gas befeuerten konventionellen Kraftwerke häufiger still und werden zusehends unrentabel. Gebraucht werden sie trotzdem, nämlich für jene Zeiten, in denen der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint in Deutschland. Und weil „der liebe Gott halt die Nacht erfunden hat“, wie Fuchs lakonisch bemerkt.

Über ihre Stromrechnungen bezahlen die Bürger in diesem Jahr über 20 Milliarden Euro für Strom aus Wind und Sonne. Die Menge, die sie dafür bekommen, könnte man an den Strombörsen für nicht einmal 2 Milliarden Euro einkaufen. Der Rest ist der Preis der Energiewende, die in Berlin manchmal auch das „Strommonster“ genannt wird.

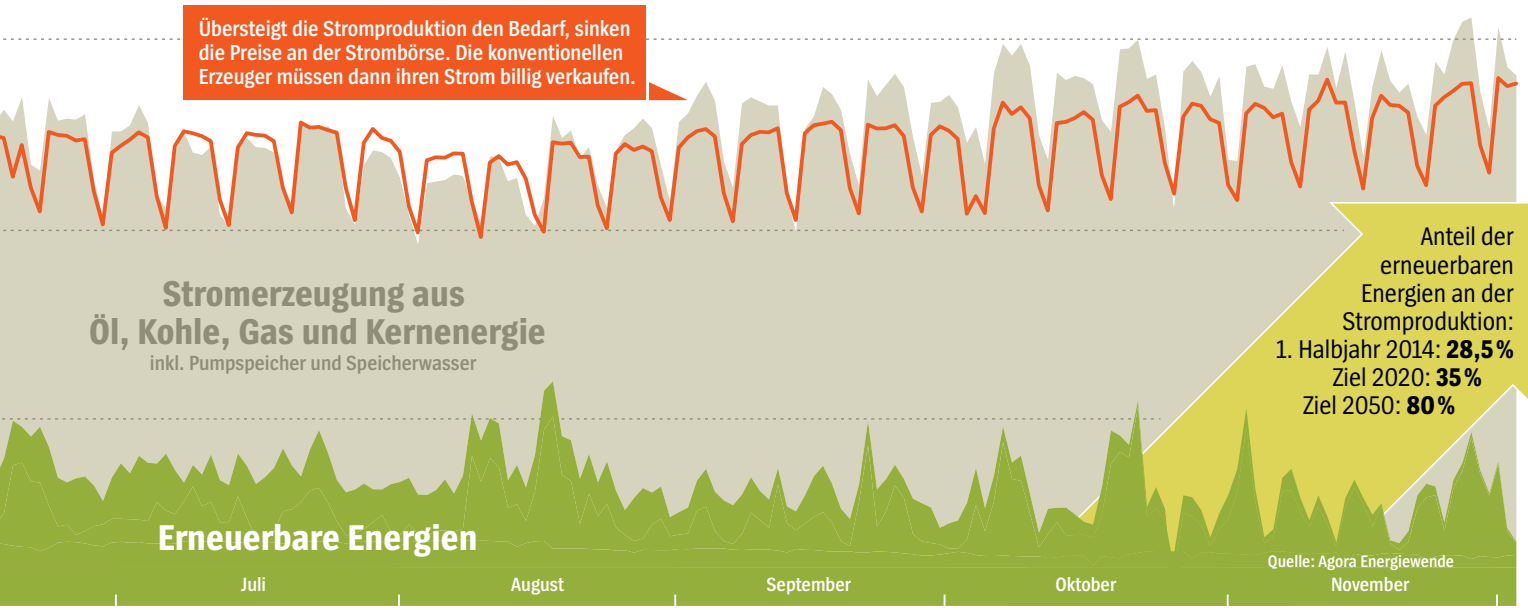
Und die Aufspaltung von E.on zeichnet vor, wie aus den gebündelt zusammengefassten konventionellen Kraftwerken ein zweiter Bereich wird, der nach Subventionen ruft – als Entgelt dafür, dass die wetterunabhängigen Kapazitäten überhaupt vorgehalten werden. Und wenn es Regierung und Parlament in den nächsten Monaten nicht gelingt, die neue und die alte Energiewelt zusammenzuführen, dann wartet ein drittes Milliardenloch darauf, von den Bürgern gestopft zu werden.

Es sind die Kosten, die schneller als geplant entstehen werden, um abgeschaltete Atomkraftwerke abzubauen und die verstrahlten Reste sicher endzulagern. Die Rückstellungen, die von E.on und den drei anderen Atomkraftwerksbetreibern dafür gebildet wurden, bestehen zum Teil aber aus den Kohle- und Gaskraftwerken. Ohne richtige Auslastung bringen sie keinen Gewinn mehr, verlieren an Wert, und am Ende könnten Milliarden für den Atomrückbau fehlen. Dann ist der Bürger wieder dran, es wäre das dritte Mal.

Minister Gabriel hat deshalb ein Gutachten in Auftrag gegeben, das bis Ende des Jahres klären soll, wie sicher die Rücklagen der Konzerne sind. Denn es geht ja nicht nur um Kernkraftwerke und E.on. Harte Entscheidungen stehen auch den anderen deutschen Stromriesen RWE, EnBW, Vattenfall, Steag bevor.

Sie haben in der Vergangenheit prächtig verdient, aber ihr altes Geschäftsmodell wird die Energiewende nicht überleben. Dazu kommen noch mehr als ein Dutzend großer und kleinerer Stadtwerke, die ebenfalls in die Stromerzeugung eingestiegen sind. Manchen droht der Konkurs, mit dramatischen Folgen für die Kommunen, die bis vor wenigen Jahren von diesen Stadtwerken mit Gewinnen bedient wurden.

„Die Entscheidung von E.on wirft ein Schlaglicht auf die Situation der konventionellen Stromerzeugung in Deutschland“, sagt CDU-Wirtschaftssprecher Fuchs.



Das mag richtig sein. Aber die Bundesregierung braucht mindestens so viel Hilfe wie die Konzerne. Die Stimmung in Berlin schwankt zwischen Alarm und Ratlosigkeit.

Die Kanzlerin versteckt das in ihren Reden dezent in Metaphern. Im Bundestag sprach sie Ende vergangenen Monats von „einer Herkulesaufgabe“, die vor der Nation liege, und von „Härten“, die diese den Bürgern abverlange. Fuchs spricht es schon klarer aus: „Wir sollten den Wählern ganz ehrlich sagen, dass weiter steigende Energiekosten auf sie zukommen.“

Damit wirft der Beschluss der Strommanager von E.on auch ein grelles Licht auf das politische Problem der Energiewende, den Widerspruch zwischen bezahlbarem Strom und Klimaschutz. Angela Merkel möchte „Klima-Kanzlerin“ sein, aber sie hat den Bürgern versprochen, dass Energie nicht teurer wird. Und Sigmar Gabriel will sich profilieren als seriöser Wirtschaftspolitiker, der die Industrie mit Augenmaß behandelt.

Der auf 20 Jahre garantierte Preis für eingespeisten Ökostrom hat einen rasanten Aufbau von Grünstromanlagen und ein technologisches Wunder ausgelöst. Es entstand ein riesiger Park aus fast 25 000 Windrädern und über drei Millionen Solaranlagen. Heutige Exemplare produzieren nahezu zu gleichen Investitionskosten ihren Strom wie ein neues Kohlekraftwerk. Aus dem Markt drängt das ausgerechnet moderne Gaskraftwerke. Auch moderne Steinkohleanlagen, die noch ihre Investitionskosten einspielen müssen, sind tief in den roten Zahlen. Für die Konzerne rechnen sich meist nur die ältesten und dreckigsten Kohlenmeiler. Sie können aber nicht einfach ein- und ausgeschaltet wer-

Greenpeace-Protest vor dem Kanzleramt

FOTO: PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

Wirtschaftsminister Gabriel, Bundeskanzlerin Merkel

den und laufen deshalb auch dann auf Hochtouren, wenn der Wind kräftig weht und die Sonne scheint. Die Überproduktion fließt über die Grenzen: in die Niederlande, Polen, nach Österreich. Wenn der Strom dann mal knapp ist, helfen österreichische Ölkraftwerke aus. „Die Kollegen aus Österreich kommen vor Lachen nicht in den Schlaf“, kommentiert Wirtschaftsminister Gabriel den alltäglichen Irrsinn, der sich in den Leitungsnetzen der Republik abspielt.

Es ist ein Paradox: Seit drei Jahren klettert wegen der Energiewende der Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid beständig, anstatt zu sinken. Das passt so gar nicht zur gewünschten Vorreiterrolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz.

Auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm hatte Merkel im Jahr 2007 den Führern der wichtigsten Wirtschaftsmächte noch Zugeständnisse im Klimaschutz abgerungen. Deutschland selbst gab sie die ehrgeizigsten Einsparungsziele an Kohlendioxid in ganz Europa. Diese Woche beim Uno-Klimagipfel in Lima sollen neue Verpflichtungen vorbereitet werden, die Bundesregierung will darauf drängen. Und im nächsten Sommer sind die G-7-Staaten wieder zu Gast in Deutschland, diesmal im bayerischen Schloss Elmau. Merkel ist entschlossen, Deutschland als Vorbild und Vorreiter zu präsentieren. Sie hat sich eigens aus dem Bundesumweltministerium Klimaschutzexperten ins Kanzleramt geholt, die den Gipfel vorbereiten sollen.

Das Dilemma: Lässt die Regierung schmutzige Kohlekraftwerke schließen, müssen teurere, aber umweltfreundlichere Gaskraftwerke bereitstehen, um die Energieversorgung zu sichern. Das treibt die Preise, und die Konzerne wollen sich die Bereitstellung bezahlen lassen.

Minister Gabriel wollte das Problem eigentlich in aller Ruhe angehen. Im Laufe des kommenden Jahres sollte zunächst ein sogenanntes Weißbuch entstehen, um die Grundzüge eines neuen Strommarkts zu skizzieren, in dem konventionelle und grüne Energiegewinnung ineinandergreifen. Doch seit vergangener Woche muss es alles viel schneller gehen: Schon im März soll die Architektur des deutschen Strommarktes fertig geplant sein. Das Kanzleramt will mit einem Gesetz vor der Sommerpause durch das Parlament kommen.

Auch die Parlamentarier drücken aufs Tempo. Man werde „nach Ostern auf Kante entscheiden“, verspricht der SPD-Energieexperte Hubertus Heil. Die Fachleute der drei Koalitionsfraktionen wollen sich mit dem Minister im Januar zu einer Wochenendklausur zurückziehen. Das haben Unionsmann Fuchs und Gabriel vorige Woche vereinbart.

Was die Politik nun machen muss, ist aus Sicht vieler großer Energiekonzerne und Stadtwerke klar. Sie solle aufhören mit den erratischen Eingriffen in den Markt und endlich verlässliche Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass es mit der Entwicklung des Strommarktes weitergeht. Die regenerativen Energien müssten ihre Sonderrolle verlieren und schrittweise in den Markt integriert werden.

Das heißt konkret: Es darf für Windparkbetreiber und Solarparkbesitzer in Zukunft nicht folgenlos sein, ob ihr Strom gebraucht wird oder nicht. Sie müssen sich um Abnehmer selbst kümmern und Speichertechnologien aufbauen.

Doch die Ökostromlobby ist mittlerweile zu großer Macht gekommen. Sie hat im Parlament ihre Anhänger nicht mehr nur bei den Grünen sitzen, sondern bis tief in die CSU hinein. Sie werden um ihre Ökostrom-Dauersubvention kämpfen.

Vor allem aber müssen sich Gabriel und die Kanzlerin endlich entscheiden, wie sie den Übergang zu einem regenerativen Energiemarkt für die alten Kraftwerksbetreiber gestalten wollen. Der Wirtschaftsminister plant derzeit die Rahmenbedingungen für diese Reserve aus Kraftwerken, die jederzeit einspringen können, wenn der Ökostrom im Netz nicht reicht. In der Stromrechnung wird diese Reserve als ein weiterer Kostenfaktor auftauchen und etwa einen weiteren Cent pro Kilowattstunde kosten. Das Kanzleramt rechnet mit einer anderen Variante, dem sogenannten Kapazitätsmarkt, der in einigen Jahren mit bis zu jährlich fünf Milliarden Euro zu Buche schlagen könnte. Ein derartiges „Hartz IV für Kohlekraftwerke“ lehnt Wirtschaftsminister Gabriel allerdings ab. Noch.

Theoretisch könnte man die Sache auch den Marktkräften überlassen. Das würde allerdings im Süden der Republik die Energieversorgung gefährden, wenn etliche Kraftwerke unkontrolliert vom Netz gehen. Tausende Arbeitsplätze stünden auf der Kippe – und die Rücklagen für den Rückbau der Atomkraftwerke wären dahin. Die Stromkonzerne auf diesem unfreiwilligen Weg aus der Haftung für die Atomkraft zu entlassen, kann sich aber keine Bundesregierung erlauben.

„Wir müssen jetzt durchspielen, was passiert, wenn wir an der einen Stellschraube des Energiesystems drehen oder an den vielen anderen Schrauben“, erklärt Fuchs. Das Verflixte an der derzeitigen Situation sei, dass alles mit allem zusammenhänge. „Ständig beißt sich hier die Katze in den Schwanz.“

Frank Dohmen, Gerald Traufetter

FOTO: MAURIZIO GAMBARINI / DPA

Noch 5 Wochen!
Ab 10. Januar erscheint der SPIEGEL immer **samstags.**